Dr. Nissel, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:

Ich kann in dem Zusammenhang mit der angesprochenen Regelung nur darauf hinweisen, daß der Justizminister weder in gerichtlichen Verfahren tätig war noch tätig werden wird. Insofern kann ich diese Frage in diesem Zusammenhang, wie sie hier gestellt ist, nur auf diesen einfachen Nenner bringen.

Im übrigen, was die Gesetzgebung anbelangt, hat meines Wissens der Justizminister sich hier im Hause selber bereits geäußert zu der angesprochenen Problematik der Strafgesetzgebung und seiner persönlichen Verantwortung.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Ich bitte die nächste Frage zu stellen.

Selke (CDU/DA):

Mir ist nicht ganz klar, wie sich Bürger verhalten sollen, die rehabilitiert werden sollen, wenn das Beweismaterial vernichtet wurde oder nicht mehr vorhanden ist.

Ich habe zwar beim Überfliegen einen Passus gelesen, daß die Staatsanwaltschaft dann Ermittlungen anstellen soll, aber gesetzt den Fall, es finden sich keinerlei Unterlagen mehr an: Wie kann man trotzdem zu seinem Recht kommen?

Dr. Nissel, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:

Ja, auch dieses Problem ist in vielen Gesprächen Thema gewesen. Es hat auch dazu geführt, daß das Gesetz an dieser Stelle verändert wurde, weil eine ursprüngliche Fassung nicht eindeutig klarstellte, auf wessen Seite die Beweislast liegt. Die jetzige Formulierung stellt klar und soll klarstellen, daß die Betroffenen nur Unterlagen dem Gericht vorzulegen haben, was für sie ohne Aufwand möglich ist. Es wäre sicher lebensfremd, wenn Unterlagen, die vorhanden sind, vom Gericht ergründet und erforscht werden müßten.

Ansonsten ist ausdrücklich festgelegt, daß das Gericht die Verpflichtung hat, im durchzuführenden Verfahren alle Beweismittel heranzuholen. Beweismittel sind auch Zeugen, das heißt also, Zeugen werden auch zur Beweisnahme mit ihren Aussagen vor Gericht gehört werden. Die Verantwortung liegt wie gesagt bei dem Gericht, das Staatsanwaltschaft und andere Organe entsprechend beauftragen kann, um das Gericht hier zu unterstützen.

Wir haben also hier das Prinzip verfolgt, nicht den Betroffenen noch einmal in eine Situation zu bringen, wo er den Beweis seiner Unschuld, der von ihm berechtigterweise unterstellt wird, nachweisen muß, sondern umgekehrt, daß das Gericht alles zur Aufklärung der Sache zu tun hat. Und insofern gehen wir auch davon aus, daß es nicht notwendig ist, daß der Betroffene am gerichtlichen Verfahren teilnimmt, denn auch das hat in vielen Gesprächen eine emotional berechtigte Rolle gespielt, daß die meisten nicht noch einmal einen Gerichtsprozeß in ihrer Sache erleben möchten. Das ist dadurch möglich, weil das Gericht die alleinige Verantwortung für die Aufklärung der Sache hat.

Ich muß allerdings auch sagen, auch hier gab es in den Gesprächen mit den Verbänden Übereinstimmung, daß diese gerichtliche Aufklärung notwendig ist, weil - auch das beweisen Briefe, die wir bekommen haben - es natürlich auch Bürger gibt, die - ich sage es so - auf den Zug der Opfer aufspringen wollen, und wir meinen, auch das ist eine Verantwortung der Rehabilitation, daß wir das verhindern müssen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Zwei weitere Fragen, bitte.

Dr. Brick (CDU/DA):

Im § 1 Abs. 2 wird für die Zeit vom 8. Mai 1945 bis 7. Oktober 1949 nur die Rehabilitation von Personen geregelt, die von einem deutschen Gericht zu Unrecht verurteilt wurden.

Es hat aber auch viele Geschädigte in dieser Zeit gegeben, die durch Maßnahmen, Anordnungen bzw. Gerichtsurteile sowjetischer Besatzungsbehörden verurteilt wurden. Wie denken Sie, diese zu rehabilitieren?

Dr. Nissel, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:

Die von Ihnen angesprochene Problematik war in der Sitzung des Ministerrates bei der Beratung dieses Gesetzentwurfes einer der heiß diskutiertesten oder am intensiv diskutiertesten Punkte. Es gab zunächst einmal einen Gesetzentwurf, der ist ja durch die Öffentlichkeit, durch die Medien allgemein bekannt, der zunächst auch vorsah die Rehabilitation von Bürgern der DDR, die nach dem 8. Mai von alliierten Besatzungsmächten oder deren Behörden inhaftiert, interniert oder anderweitig in Gewahrsam genommen wurden. Das betrifft Bürger, die in erster Linie durch sowjetische Militärgerichte verurteilt und durch sowjetische Sicherheitsorgane interniert wurden.

Aus völkerrechtlichen und auch aus staatsrechtlichen Erwägungen konnten nach gründlicher Prüfung entgegen diesen ursprünglichen Vorstellungen entsprechende Regelungen nicht in den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf aufgenommen werden. Ich nenne nur stichpunktartig ein Kernproblem, inwieweit die DDR als Rechtsnachfolger der alliierten Besatzungsmächte auftreten könnte und für deren Handlungen rechtliche Bestimmungen beschließen könnte. Im Ministerrat wurde das mehrheitlich verneint. Die DDR kann nicht für und über andere Staaten befinden. Ich meine, daß in den Ausschüssen diese Problematik noch einmal beraten werden könnte, damit von Ihnen, verehrte Abgeordnete, eine politisch und rechtlich, vor allem auch völkerrechtlich, allseitig begründete Entscheidung getroffen werden kann.

Stellvertreter der Präsidentin Helm:

Es sind noch zwei Anfragen. Ich bitte im Interesse unserer Zeit, diese zwei Fragen noch zu beantworten und dann keine weiteren mehr zu stellen. - Herr Gysi, bitte.

Dr. Gysi (PDS):

Herr Staatssekretär, zwei Fragen: Das eine ist, wie Sie sich sicher selbst denken können, bekomme ich von Betroffenen eine Vielzahl von Briefen. Deshalb habe ich eine Frage zur Zeit. Gibt es eine Konzeption, die personellen Voraussetzungen zu schaffen, daß diese Verfahren wirklich in den vorgesehenen Fristen so zügig wie möglich behandelt werden können, oder haben wir es hier unter Umständen doch mit jahrelangen Verzögerungen zu tun? Das muß - wie ich aus meiner Erfahrung aus der Justiz weiß - eine bestimmte Vorrangstellung bekommen. Und dann müssen auch die materiellen und personellen Voraussetzungen dafür konzeptionell durchdacht werden, weil das sonst wahrscheinlich nicht zu schaffen ist. Und ich glaube, daß in dem Zeitfaktor auch ein wichtiger Faktor der Rehabilitation selbst liegt.

Meine zweite Frage: In einer Bestimmung ist dort von Haftkosten die Rede. Diesen Terminus technicus in unserem Recht gibt es bisher nicht. Was ist darunter zu verstehen?

(Staatssekretär Nissel: Haftkosten?)

Haftkosten. Also da steht: Auslagen des Verfahrens, Geldstrafen usw., das ist alles klar. Dann steht aber da: und Haftkosten. Was ist damit gemeint?

Dr. Nissel, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:

Bei dem letzteren ist gemeint: Unkosten, die der Betroffene bzw. Angehörige hatte im Zusammenhang mit der Inhaftierung.

(Dr. Gysi, PDS: Also Reisekosten der Angehörigen usw., aha. Das müßte man dann aber versuchen, klarzustellen.)

Zu der ersten Frage, der Konzeption, kann ich sagen, daß natürlich aus der Sicht unseres Ministeriums nur die Konzeption möglich ist für den Bereich der strafrechtlichen Rehabilitation. Das hängt unmittelbar zusammen mit dem Problem der Richterwahl. Die Richterwahlausschüsse werden ja - so hoffen wir - nun relativ bald in Aktion treten können. In diesem Zusammenhang ist das also eine wichtige Voraussetzung, daß die Richter dann durch die durch die Richterwahlausschüsse gegebene Legitimation einmal die Berechtigung haben und auch den moralischen Mut, in diesen komplizierten Sachen zu arbeiten, zu beraten und zu entscheiden. Das ist also die Grundvoraussetzung, wobei wir nicht übersehen können, das ist unstrit-